

Zur Debattenkultur

Die Empörungsgesellschaft und ihre Freunde

von Prof. Jan Roy Edlund*



Jan Roy Edlund.
(Bild zvg)

(CH-S) Der im Juni dieses Jahres erschienene Beitrag zur Debattenkultur ist immer noch hochaktuell. Er analysiert die heute weit verbreitete Angst, in der Öffentlichkeit seine Meinung zu äussern und sucht einen Weg zurück zur Praxis des freien Streitgesprächs.

Charlie Kirks Tod, Roger Köppel vor der Uni Zürich, Selbstkritik in Yale. Drei Ereignisse, die sichtbar machen: Die offene Gesellschaft hat das Streiten verlernt. Eine Diagnose der Mechanik dahinter – und der Versuch, einen Weg zurück zu finden.

Zwei Ereignisse, zwei Schauplätze, ein gemeinsames Muster

Dass es so weit gekommen ist, hätte vor zwanzig Jahren niemand für möglich gehalten. Am 20. Mai 2026 stand Roger Köppel, Verleger der «Weltwoche», vor dem Hauptgebäude der Universität Zürich, unter einem weissen Zelt, mit einem Mikrofon. Sein Format wiederholt das, was der im September 2025 ermordete amerikanische Aktivist Charlie Kirk an US-Hochschulen praktizierte: offene Debatte unter freiem Himmel. Was früher selbstverständlich in den Hörsälen stattfand, muss heute unter Polizeischutz mit Pavillon und Absperrungen vor das Gebäude verlegt werden. Eineinhalb Stunden sprachen Studenten, manche differenziert, manche provokant. Daneben hielt ein Dutzend verummter Antifa-Demonstranten Trillerpfeifen, Sprechchöre und «Züri Nazifrei»-Parolen bereit. Wann immer Köppel antwortete, übertönte der Pöbel-Lärm seine Worte. Wer reden wollte, musste schreien. Wer argu-



In der Schweiz: Roger Köppel vor der Uni Zürich zu Interessierten und Demonstranten am 20. Mai 2026.
(Bild keystone)

mentieren wollte, wurde mit Parolen niedergebrüllt – auch die Studenten.

Zwei Tage später erschien in der «Neuen Zürcher Zeitung» Benedict Neffs Diagnose «Akademie der Intoleranz» (22. Mai 2026), die anhand des jüngsten Yale-Berichts den Zustand der westlichen Hochschulen beschreibt: eine ideologische Verengung, vor der sich Konservative, Liberale, aber auch differenzierende Linke längst nicht mehr trauen, im Seminar das Wort zu ergreifen. Zwei Ereignisse, zwei Schauplätze, ein gemeinsames Muster.

Diese Thematik wirft Fragen auf, die weit über diesen Tag hinausreichen. Was kennzeichnet eine Gesellschaft, in der sogar gebildete Menschen Angst haben, im Seminar und in der Öffentlichkeit das Wort zu ergreifen? Welche Mechanismen halten diese Verengung am Laufen? Und gibt es einen Weg zurück zur Praxis des freien Streitgesprächs?

Die Charakteristik der Empörungsbewirtschaftung

Wer heute eine Meinung äussert, die vom Mehrheitskonsens abweicht, erlebt eine kalibrierte Abfolge sozialer Reaktionen. Zuerst der ungläubige Blick. Dann der scharfe Einwurf. Und schliesslich der moralische Vorwurf, oft in Form einer Diagnose: rassistisch, sexistisch, populistisch, verschwörerisch, transphob, antiamerikanisch, antisemitisch, je nach Lage des Themas. Was nicht

* Jan Roy Edlund ist Professor für Change Management und Reengineering an der Steinbeis-Hochschule und lehrt an der Universität St. Gallen. Der Ökonom und Staatswissenschaftler ist seit 30 Jahren im Executive Development tätig.

stattfindet, ist die Erwiderung. Eine Erwiderung wäre die Auseinandersetzung mit dem Argument. Sie ist die teuerste Form des Gesprächs, denn sie verlangt, das Argument zuerst zu prüfen, bevor man es verwirft.

Die Empörungsgesellschaft hat dieses Verfahren weitgehend ersetzt. Anstelle der Erwiderung ist die Sortierung getreten. Wer A sagt, gehört zu B. Wer zu B gehört, ist mit C zu identifizieren. Wer C ist, hat kein Recht, seine Meinung zu äussern, denn diese ist per se als moralisch falsch zu klassifizieren. Wer C ist und es wagt, diese Meinung dennoch zu äussern, ist bereits ein schlechter Mensch. Der gesamte Vorgang dauert wenige Sekunden und erspart dem Sortierenden jede Anstrengung. Fakten oder Argumente spielen keine Rolle.

Wer dieses Empörungsspiel nicht mitspielt, dem anderen zuhört und differenziert, gerät selbst in den Verdacht, auf der moralisch falschen Seite zu stehen. Diese Mechanik lässt sich als Empörungs-Bewirtschaftung beschreiben – ein System, in dem moralische Vorwürfe als Ressource genutzt werden, um Aufmerksamkeit zu lenken, Lager zu disziplinieren und Sprecher auszuschalten.

Der Liberalismus und seine Feinde

Die Wirkung lässt sich messen. Eine *Allensbach-Umfrage* im Auftrag der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» hat im Herbst 2025 erhoben: 44 Prozent der Deutschen glauben, man müsse mit politischen Äusserungen heute vorsichtig sein. Nur 46 Prozent meinen noch, man könne seine Meinung frei sagen. *Thomas Petersen*, der die Studie verantwortet, formuliert es so: «Viele erleben, dass man theoretisch alles sagen darf, praktisch aber nicht alles sagen kann, ohne negative Konsequenzen zu riskieren.» Das ist nicht Zensur durch den Staat. Es ist etwas viel Wirkungsvolleres: gesellschaftlicher Druck, der das Sagbare im Vorhinein verengt oder verunmöglichlicht.

Eine zweite, jüngere Allensbach-Studie liefert die Pointe dazu. Befragt nach ihrer Toleranz gegenüber anderen Meinungen, gaben 28 Prozent der Grünen-Sympathisanten an, sich oft aufzuregen, wenn jemand eine abweichende Position vertrete. Bei den AfD-Wählern lag der Wert bei 24 Prozent. Bei CDU- und SPD-Anhängern dagegen bei rund 19 bzw. 18 Prozent. Und weiter: Personen mit höheren Bildungsabschlüssen sind intoleranter als solche mit einfacher oder mittlerer Bildung. Das ist die unbequemste Erkenntnis

dieser Erhebung. Bildung schützt nicht vor Intoleranz. Sie produziert sie, sofern sie als Anspruch auf moralische Überlegenheit ausgelegt wird.

Wie es so weit kommen konnte

Eine offene Gesellschaft, die das Streiten praktiziert, war historisch die Ausnahme, nicht die Regel. Über Jahrtausende war öffentliche Rede ein Privileg der Eliten, oft ein gefährliches. Sokrates wurde hingerichtet, *Galilei* zum Schweigen gezwungen, *Spinoza* ausgeschlossen. Die mühsame Errungenschaft der Aufklärung, der Pressefreiheit, der parlamentarischen Demokratie war es, einen Raum zu schaffen, in dem unpopuläre Positionen ohne existenzielles Risiko geäußert werden konnten. Dieser Raum ist ein Kulturprodukt, kein Naturzustand. Wird er nicht verteidigt, verschwindet er.

In Westdeutschland wurde dieser Diskursraum nach 1945 mit erheblichem Aufwand wieder neu entwickelt. Die intellektuellen Debatten der fünfziger und sechziger Jahre, die Auseinandersetzungen über Wiederbewaffnung, Notstandsgesetze, Ostpolitik wurden im Ton hart, aber im Verfahren diszipliniert geführt. *Helmut Schmidt* und *Franz Josef Strauss* konnten einander in Talkshows widersprechen, ohne dass das Publikum den anderen für einen Verbrecher hielt. In der Schweiz galt Ähnliches. Der *Sonntagstalk* war Rede und Gegenrede, nicht moralische Inquisition.

Die 68er-Revolution und ihre Folgen – Reflexion verpönt, Kritik unerwünscht

Die erste Erschütterung dieses Diskursraums kam von links und sie kam aus den Universitäten. *Rudi Dutschke*, Galionsfigur der westdeutschen Studentenbewegung, formulierte 1967 die Strategie des «Marsches durch die Institutionen»: nicht das Parlament stürmen, sondern die Hochschulen, die Schulen, die Redaktionen, die Verwaltungen von innen übernehmen. Aus dem *Sozialistischen Deutschen Studentenbund* (SDS) und den Hochschul-Sit-ins von Frankfurt und West-Berlin erwuchs eine ganze Generation, die das Bürgerliche nicht widerlegen, sondern entlarven wollte.

Aus dem radikalen Rand löste sich die *Rote Armee Fraktion* und führte ab 1970 in Deutschland einen blutigen linken Terror gegen Banker (*Herrhausen*), Industrielle (*Schleyer*) und Justiz (*Buback*). Die Opfer wurden nicht als Personen gewählt, sondern als Symbole.

Herrhausen, ausgerechnet ein Reformers, der öffentlich für einen Schuldenerlass an Entwicklungsländer plädierte. Was er dachte, spielte für die Täter keine Rolle. Was er repräsentierte, machte ihn zum Ziel. Die Mehrheit der 68er ging diesen Weg nicht mit. Aber das Verfahren, mit dem die Bewegung Andersdenkende moralisch disqualifizierte – «Faschist», «Verteidiger des Systems», «Reaktionär» –, wurde zum dauerhaften Werkzeug. Es überlebte die Bewegung und kehrte fünf Jahrzehnte später an die Universitäten zurück, von denen es einst ausgegangen war.

Was in den achtziger und neunziger Jahren noch schleichend vorging, beschleunigte sich nach der Jahrtausendwende dramatisch. Es vollzog einen Sprung mit dem Aufkommen der sozialen Medien und der Smartphone-Ära. Drei Entwicklungen trafen hier aufeinander:

- Erstens die Verlagerung des Diskurses ins Digitale, wo jede emotionale Zuspitzung durch Algorithmen belohnt wird.
- Zweitens die Aufladung der Politik mit moralischen Identitätsmarkern, die jeden inhaltlichen Streit zur Frage des guten oder bösen Menschen umdefinierten.
- Drittens die Selbstaufgabe vieler Leitmedien, die statt der objektiven Gegenüberstellung der Argumente eine Sortierung der Positionen übernahmen.

Trump begräbt die Doktrin der strukturellen Diskriminierung

Diese dritte Entwicklung hat einen Skandal hervorgebracht, der bemerkenswerterweise in den deutschen Leitmedien kaum verhandelt wurde. Anfang 2019 gelangte ein vertrauliches Strategiepapier der ARD an die Öffentlichkeit: das «Framing-Manual» der Berkeleyer Linguistin *Elisabeth Wehling* (in Auftrag gegeben 2017).

Streng genommen war es ein PR-Gutachten, kein Redaktionshandbuch. Aber sein Inhalt war eine Anleitung zur Manipulation des Publikums. Es empfahl, statt vom «Rundfunkbeitrag» von einem «Beitrag zur demokratischen Eigenfinanzierung» zu sprechen. Es schlug Sprachregeln vor, mit denen Kritiker der öffentlich-rechtlichen Sender als Sympathisanten autoritärer Systeme darzustellen seien. Es offenbarte ein Denken, das längst über die Subliminalbeeinflussungs-Strategien von Werbeagenturen hinausreichte: die Annahme, dass das Publikum über «Moral Frames» gesteuert werden müsse, nicht über Argumente und schon gar nicht via Fakten.



*Die 68er Proteste an den Hochschulen haben einer diktatorischen «Empörungskultur» den Weg geebnet.
(Bild <https://geschichtsbuch.hamburg.de>)*

Wer es las, verstand: Talkshow-Moderatoren, Tagesthemen-Sprecher, Magazinredakteure waren längst Akteure einer Steuerungs-Praxis geworden, die das Publikum nicht informieren, sondern formen sollte.

Was Benedict Neff den «Haltungsjournalismus» nennt, ist die journalistische Übersetzung des gleichen Prinzips. Die eine Meinung gilt als legitim, die andere wird «geframt», etikettiert als zum Beispiel rassistisch, sexistisch oder verschwörerisch. Sie braucht daher gar nicht erst gehört zu werden. Die Suggestivfrage des Moderators, die rhetorische Ecke, in die der unbequeme Gast getrieben wird, die Kontaktschuld als Disqualifikations-Mittel, all das gehört heute zum Standardrepertoire deutscher und Schweizer Fernsehdebatten: «Meinen Sie nicht auch, dass diese Aussage Ihres Parteikollegen vor fünf Jahren moralisch verwerflich ist?» Wer sich nicht distanziert, ist mitschuldig. Wer sich distanziert, hat sein Lager verraten. So wirkt die Schule des Vorurteils, dezent inszeniert in den Hauptnachrichten.

Das eigentliche Drama dieser Verschiebung ist nicht nur, dass sie ihr Publikum erzieht, bevormundet und manipuliert, sondern auf Dauer programmiert. Wer jahrelang gelesen, gehört und gesehen hat, dass die andere Seite nicht argumentativ widerlegt, sondern nur delegitimiert werden muss, übernimmt diese Praxis im Kleinen. Im Fachjargon spricht man von Imitationslernen. Am Stammtisch. Im Familienchat. In der *Whatsapp*-Gruppe. Eine ganze Generation hat journalistisch nie etwas anderes gesehen als dieses reflexartige emotionale Framing. Wie sollte sie wissen, wie ein konstruktives Streitgespräch geht?

Die Mechanik dahinter

Die Symptome sind das eine. Die Frage, warum die Mechanik so reibungslos funktioniert, ist das andere. Warum greift sie bei uns Menschen so

verlässlich? Und wie konnte sie sich flächendeckend als neuer Standard durchsetzen?

Drei Schichten greifen ineinander, eine psychologische, eine medientechnische und eine politisch-kulturelle.

(1) Die psychologische Schicht

Die psychologische Schicht hat der Sozialpsychologe *Solomon Asch* 1951 in den berühmten *Asch-Conformity*-Experimenten offengelegt. Studentische Versuchspersonen sollten die Länge von Linien an Tafeln beurteilen, eine triviale Aufgabe. Doch acht der neun Versuchspersonen waren vorher instruiert worden, auf bestimmte Fragen bewusst falsch zu antworten. Fraglich war: Wie verhält sich nun die eine «echte» Versuchsperson?

Im Ergebnis zeigte sich, dass sie sich der falschen Gruppenaussage regelmässig anschloss. Anstatt also mutig auszusprechen, dass die Linien offensichtlich unterschiedlich sind, ordnet sich die Versuchsperson der falschen Gruppenwahrheit unter. In jeder Wiederholung konnte derselbe Effekt bestätigt werden: Einige von Aschs Versuchspersonen passten nicht nur ihre Antwort, sondern auch ihre Wahrnehmung an – ein Befund, den *Festinger* wenige Jahre später als «kognitive Dissonanz» beschrieb.

Einen ähnlichen Effekt konnte Asch auch mit ganzen Gruppen erzielen. Er hat damit keine Schwäche dieser oder jener Generation beschrieben. Er hat eine anthropologische Konstante freigelegt. Konformität ist kein Charakterfehler, sondern ein Überlebensmechanismus. Wer in der Steinzeit aus dem Clan ausgeschlossen wurde, war tot. Das Gehirn unterscheidet bis heute nur unscharf zwischen der biologischen und der sozialen Form dieses Sterbens.

Heute wird niemand mehr öffentlich auf dem Marktplatz gehängt. Aber er wird ausgeladen, übergangen, im Beruf umgangen, aus dem Freundeskreis ausgeschlossen. Für ein Säugetier, dessen Nervensystem in den letzten 50 000 Jahren keine wesentlichen Umbauten erfahren hat, wirkt eine soziale Ächtung ähnlich.

(2) Die medientechnische Schicht

Die zweite Schicht ist medientechnisch. Sie wird gerne beschworen, aber selten präzise beschrieben. Es geht um die schlichte ökonomische Tatsache, dass Aufmerksamkeit knapp ist und mediale Plattformen damit Geld verdienen. Was Aufmerksamkeit erzeugt, gewinnt. Was zum Nachdenken einlädt, verliert. Empirisch zeigt

sich: Eine pointierte Gefühlsaussage eines Wütenden generiert auf Social Media mehr Reichweite als der differenzierte Befund eines Fachmanns. Skandal schlägt Statistik. Empörung schlägt Differenzierung. Und zwar um Längen. Das ist keine Verschwörung der Plattformen. Es ist schlicht, was die Algorithmen messen, belohnen und was sich in einer repetitiven Endloschleife täglich millionenfach wiederholt. Es ist die ökonomische Basis der Empörungs-Bewirtschaftung. Plattformen und Medien verdienen daran, politische Akteure nutzen sie.

Hinzu kommen Tempo und Verhaltensprägung: Auf dem Smartphone wird gescrollt, gewischt und weitergetippt. Die durchschnittliche Aufmerksamkeitsspanne eines *TikTok*-Nutzers liegt bei etwa acht Sekunden pro Beitrag. Was länger braucht, wird übersprungen. In dieser Umgebung gewinnt das emotional Blitzartige, der Slogan, das Bild, der Schock. Das Argument hat keine Chance, denn es braucht Aufbau, Voraussetzung, Kontext und Zeit. Eine ganze Generation wächst daher in einer Umgebung auf, die das Argument strukturell benachteiligt und ausschliesst. Wer auf diese Weise sozialisiert wird, hat das Streiten nicht verlernt. Er hat es nie gelernt.

(3) Die politisch-kulturelle Schicht

Die dritte Schicht ist politisch-kulturell. Auf den ersten beiden Schichten gedeiht eine Sortierung der Welt in jeweils zwei polarisierte Lager. Bei jedem grossen Thema der letzten Jahre stand am Anfang nicht die Frage: Was wissen wir? Wie ist die Faktenlage? Welche Abwägungen sind zu treffen? Wie ist die Vorgeschichte? Sondern: Auf welcher Seite stehst du? *Trump*? Gut oder böse. Corona? Solidarisch oder verfassungsfeindlich. Ukraine? Demokrat oder *Putin*-Versteher. Israel-Gaza? Antisemit oder Apartheid-Leugner. Gender? Progressiv oder transphob.

Diese Sortierung ist nicht zufällig. Während in den achtziger Jahren die morgendliche Zeitung und die *Tagesschau* ausreichten, sich zu orientieren, leben wir heute in einer Welt, in der wir uns täglich mit einer millionenfachen Informationsflut konfrontiert sehen. Unser Leben aber wird bestimmt von Arbeit, Familie und dem nächsten Urlaub.

Die meisten haben schlicht keine Ressourcen für ausgiebige Recherchen, für stundenlanges Anhören, Prüfen, Gewichten. Die Sortierung ist hier der leichte Ausweg. Sie spart kognitive Energie. Das «Richtige und Falsche» muss man sich nicht mehr mühsam selbst erarbeiten: Es wird im

Kleid der «Moral» bereits mitgeliefert. Wer das richtige Etikett trägt, gehört dazu. Wer nicht, wird kategorisiert. Differenzierung ist in diesem Spiel kein Wert, sondern ein Verdacht. Wer bei einem moralisch aufgeladenen Thema sagt, «es ist komplizierter», wird in der Regel sofort der anderen Seite zugerechnet. Wer im eigenen Lager «aber» sagt, hat es schon halb verlassen. Nachdenken und Fragen sind suspekt. Etikettieren und Mitmachen finden Wohlwollen.

Ein kleines Experiment

An dieser Stelle sei ein kleines Selbstbeobachtungs-Experiment erlaubt. Was nun folgt, ist eine Bestandsaufnahme der vergangenen anderthalb Jahrzehnte an den westlichen Eliteuniversitäten. Sie wird, je nach politischer Verortung, beim nächsten oder übernächsten Absatz den einen oder anderen Empörungsreflex auslösen: das Bedürfnis, zurückzuweisen, einzuordnen, den Autor selbst zu sortieren. Es lohnt sich, diesen Reflex zu beobachten, statt ihm nachzugeben.

Es wäre ein Fehler, die hier gestellte Diagnose auf eine politische Seite zu beschränken. Konformitätsdruck ist strukturell, nicht parteilich. Er wirkt dort, wo eine Seite gerade die Mehrheit hat. In den letzten anderthalb Jahrzehnten lag diese Mehrheit an den westlichen Eliteuniversitäten beim progressiven Lager. Was sich dort vollzog, kommt einer institutionellen Übernahme gleich. Der jüngste Yale-Bericht vom April 2026 dokumentiert das Ausmass: Demokraten unter den Professoren 82 Prozent, Republikaner 2 Prozent; Missverhältnis von 36 zu 1. In den Geisteswissenschaften sogar 72 zu 1. Nahezu ein Drittel der Studenten traut sich auf dem Campus nicht mehr, die eigene politische Meinung zu äussern.

Diese institutionelle Übernahme ist die ferne, ausgereifte Erbin des «Marsches durch die Institutionen». Die Kampfbegriffe der 68er wurden nicht etwa archiviert, sondern reaktiviert und um eine ganze neue Generation erweitert. Wer heute nicht ins Lager passt, ist transphob, Nazi, misogyn, rassistisch, Colonizer, weiss-privilegiert, antisemitisch, Klimaleugner, Verschwörungstheoretiker oder schlicht «rechts». Die Liste wächst ständig, mit jeder Saison kommen neue Begriffe hinzu. Was gleich geblieben ist: die Funktion. Wer eines dieser Etiketten trägt, hat im Gespräch nichts mehr zu suchen.

Den theoretischen Rahmen lieferten eine Reihe miteinander verzahnter Schulen: Postkoloniale Theorie, «Critical Race Theory» mit ihrem Be-

griff des systemischen Rassismus, Gender Studies mit der Auflösung biologischer Geschlechterkategorien, Queer Theory und Intersektionalitätstheorie. Was sie verband, war die Annahme einer durchgehenden Unterdrückungsstruktur der westlichen Gesellschaft. Jede Position musste daraufhin geprüft werden, ob sie diese ungerechte Struktur unterstützte oder dazu beitrug, sie zu stürzen. Wer nicht aktiv mitmachte, war bereits Teil des Problems. Eine neutrale, analytische, prozedurale Haltung war in diesem Rahmen nicht vorgesehen.

Den operativen Kern bildete die Intersektionalität. Sie rüstet Identität zur moralischen Hierarchie auf, indem sie jeden Menschen auf mehreren Unterdrückungsachsen verortet – Rasse, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Behinderung, Religion – und daraus eine Art Punktesystem moralischen Sprechgewichts ableitet.

Je mehr Achsen als «unterdrückt» gelten, desto höher der Rang in der Hierarchie der Glaubwürdigkeit. Eine schwarze, queere, behinderte Frau spricht in dieser Logik mit «ungleich» höherer Berechtigung als ein weisser, heterosexueller, gesunder Mann, dessen Aussage als Ausdruck seines Privilegs sofort relativiert oder verworfen wird. Argumente werden nicht mehr geprüft, sondern an der Position des Sprechers in der Privilegien-Mathematik gemessen.

Die institutionelle Umsetzung erfolgte über DEI (*Diversity, Equity and Inclusion*). DEI-Büros wurden zu zentralen Verwaltungseinheiten, DEI-Statements zur Bedingung für Berufungen, Bias-Trainings zur verpflichtenden Personalmassnahme. Pronomen-Vorschriften wurden zur Disziplinargrundlage, Mikroaggression zum Vorwurf, der Lehrveranstaltungen lahmlegen konnte, Safe Spaces zur institutionellen Pflichteinrichtung, «Trigger Warnings» zur curricularen Norm.

Wer die Vorgaben nicht erfüllte, riskierte Verfahren und Ausschluss. Die Selbstidentifikation wurde zum unhinterfragbaren Letztkriterium, einschliesslich Konstellationen, die jenseits biologischer und sozialer Plausibilität lagen. Wer Zweifel artikulierte, wurde zur Gefahr für die Schutzbedürftigen mit verletzten Identitäten, die das System zu verteidigen versprach.

Auf der diskursiven Ebene wurde ein Vokabular der sofortigen Disqualifikation kultiviert. Wer an zwei biologischen Geschlechterkategorien festhielt, war transphob. Wer Migration kritisch sah, war rassistisch. Wer israelische Sicherheitspolitik analytisch betrachtete, war antisemitisch oder Apartheid-Apologet. Wer Frauenquoten hin-

terfragte, war sexistisch. Wer die Polizei nicht primär als Repressionsorgan sah, deckte strukturelle Gewalt. Wer den Kapitalismus nicht als Wurzel allen Übels benannte, war Bonze, Konzernknecht oder Ausbeuter. Argumente wurden dadurch entwertet, dass ihr Träger etikettiert wurde. Wer das Etikett trug, war gebrandmarkt – erledigt.

Wer diese moralischen Regeln verletzte, lernte sie also auf die harte Weise. Konservative Gastredner wurden niedergebrüllt, mit Farbbeuteln beworfen, durch Pickett-Lines blockiert. Vorträge wurden abgesagt, weil das Sicherheitsrisiko zu hoch war. Dozenten, die in der Sache abwichen, verloren Stellen, Forschungsmittel und Vortragseinladungen.

Die Evolutionsbiologin *Carole Hooven* verlor 2022 faktisch ihre Position in Harvard, nachdem sie in einem Fernsehinterview die Bestimmung des biologischen Geschlechts über die XX/XY-Chromosomen erläutert hatte. Ein Befund, der ein Jahrzehnt zuvor noch in jedem Schulbuch stand. Der Evolutionsbiologe *Bret Weinstein*, damals Professor am *Evergreen State College* in Washington, verlor 2017 seine Stelle, weil er sich gegen eine Aktion ausgesprochen hatte, bei der weiße Professoren und Studenten aufgefordert worden waren, dem Campus an einem Tag fernzubleiben. Prof. Weinstein bezeichnet sich selbst als «deeply progressive», hat für *Bernie Sanders* gestimmt und stand sein Berufsleben lang im progressiven Spektrum.

Genau das macht den Fall so instruktiv: Die Empörungsmaschine prüft nicht, ob jemand auf der richtigen Seite steht. Sie prüft nur, ob er gerade die richtige Position und Haltung vertritt. Wer an einem einzigen Punkt abweicht, ist draussen, ungeachtet seiner gesamten politischen Biografie.

Charlie Kirk war kein Provokateur aus dem Nichts. Sein Format «Prove Me Wrong» war eine direkte Antwort auf eine universitäre Wirklichkeit, in der konservatives Sprechen sozial und beruflich unmöglich geworden war. Er suchte das Gespräch dort, wo es nicht mehr stattfinden durfte. Er hat es mit dem Leben bezahlt.

Dass die Korrektur nicht allein von oben kommt, zeigt ein Vorgang vom Mai 2026: Über achthundert Mathematik- und Naturwissenschaftsprofessoren der University of California (UC-System: Berkeley, UCLA, San Diego u.a.), darunter sieben von neun Lehrstuhlinhabern der Mathematik, forderten in einem offenen Brief die Wiedereinführung des standardisierten Mathe-



Der ermordete *Charlie Kirk* eröffnete den Dialog wieder an US-Universitäten. (Bild www.economist.com)

matik-Aufnahmetests SAT/ACT für MINT-Studiengänge (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik).

Der SAT ist der landesweite US-Studierfähigkeitstest, mit dem sich Highschool-Absolventen um einen Studienplatz bewerben. 2020 war er im Namen der Chancengleichheit abgeschafft worden, weil er Studierende of Color und einkommensschwache Bewerber benachteiligte.

Fünf Jahre später kehren die Fachleute das Argument um: Lücken nicht zu messen, beseitige keine Barrieren, sondern verschiebe sie ins Klassenzimmer, wo sie schwerer zu überwinden seien. Hier widerlegt nicht die Gegenseite die Haltung, sondern die Empirie – und ausgerechnet jene, die täglich vor den Folgen stehen.

Mit dem Wahlsieg *Donald Trumps* im November 2024 hat sich das Pendel umgekehrt. Es schwingt nun mit derselben Wucht in die andere Richtung. Seit seinem Amtsantritt 2025 wird das institutionelle Erbe der DEI-Ära mit derselben rigorosen staatlichen Härte rückabgewickelt. Mehrere Tausend Bundesbedienstete wurden entlassen oder zur Aufgabe ihrer Posten gedrängt, Inspector-Generals gefeuert, kritische Stimmen aus Forschungsstellen gedrängt. Forschungsprogramme zu Klima, Diversität und Geschlechterforschung wurden ohne ordentliches Verfahren beendet. Universitäten, die nicht sparten, erhielten Drohungen über den Entzug von Bundesmitteln, einige verloren sie. DEI-Büros wurden flächendeckend geschlossen.

Was die akademische Linke in fünfzehn Jahren institutionell aufgebaut hatte, soll nun in zwei Jahren zurückgefahren werden. Meist mit denselben Methoden moralischer Verdächtigung und administrativer Übergriffigkeit, die zuvor die andere Seite kultiviert hatte. Wer gestern Sprechverbote durchsetzte, beklagt heute den Verlust seiner Forschungsmittel. Wer gestern schwieg, als man Kollegen aussortierte, wird heute selbst hinausgedrängt. Wer gestern niederbrüllte, wird

heute übertönt. Die Etiketten wechseln. Die Logik bleibt.

Haben Sie ihn gespürt, den Empörungsreflex?

Zurück zum Experiment: Wer die letzten Absätze gelesen hat, wird – je nach politischer Verortung – irgendwo unterwegs den Empörungsreflex bemerkt haben. Beim einen bei der Auflistung der DEI-Praktiken, beim anderen erst bei den Trump-Massnahmen. Der eine hätte den Autor vielleicht als «reaktionär», «rechts» oder «AfD-nah» eingeordnet, sobald von DEI, Pronomen und Safe Spaces die Rede war. Der andere hätte ihn am liebsten ins «woke» oder «Linkslager» einsortiert. Derselbe Reflex, nur an unterschiedlichen Stellen. Beide reagierten nicht auf Argumente, sondern auf Stichworte, Auslöser, sogenannte emotionale Trigger-Reize. Beide reagierten nicht auf das, was da steht, sondern auf das, worauf sie geprägt wurden, zu reagieren.

Genau das ist die Empörungsmaschine in ihrer kleinsten Form. Sie funktioniert nicht nur in Talkshows und Social Media. Sie funktioniert in jedem von uns, in jedem Augenblick, in dem ein Reizwort eine fertige soziale Verortung auslöst – noch bevor der Satz zu Ende gelesen ist. Wer den Reflex beobachtet hat, hat in diesen Sekunden gegen ihn anhören gelernt. Wer ihm nachgegeben hat, hat sich selbst beim emotionalen Sortieren ertappt. Beides ist Gewinn. Denn das einzige, was den Empörungsreflex schwächen kann, ist seine bewusste Wahrnehmung im Moment, in dem er einsetzt. Und genau hier liegt der Schlüssel zur Frage, was zu tun wäre.

Was zu tun wäre

Warum braucht es überhaupt ein Zelt, ein Mikrofon und dreihundert Menschen vor dem Eingang der Universität Zürich, um eine vernünftige Diskussion zu führen? Um das künstlich nachzubauen, was früher in jedem Hörsaal stattfand? Warum muss ein Roger Köppel das Format von Charlie Kirk weiterführen, gegen Gebrüll und Parolen ankämpfen und sich demselben Risiko aussetzen?

Die Antwort ist ernüchternd: Einer muss damit anfangen, das wiederherzustellen, was verloren

ging. Die Lösung liegt also nicht fernab, abstrakt in einem neuen Gesetz oder dem klugen Konzept einer Regierungskommission. Die Verengung des Sagbaren ist über zwei Jahrzehnte gewachsen, in Hörsälen, Redaktionen, sozialen Netzwerken. Der Weg zurück führt nur dort hindurch, wo die Verengung begonnen hat: bei den einzelnen Menschen, ihren Gesprächen, ihrem Umgang miteinander. Es braucht buchstäblich eine Grass-root-Bewegung der Gesprächskultur. Einen Neubeginn von ganz unten.

Die Wegleitung für diese Praxis kommt von dem Wissenschaftstheoretiker *Karl Popper*. Er hat 1945 in «Die offene Gesellschaft und ihre Feinde» eine Philosophie formuliert, die heute wieder dringend nötig ist. Sein Buch entstand im Exil, im Bewusstsein der Konformismus-Katastrophe des Nationalsozialismus. Popper nannte seinen Ansatz «kritischen Rationalismus».

Im Kern: Wir können nie wissen, ob wir recht haben. Wir müssen unsere Überzeugungen daher anderen vorlegen, sie ihrer Kritik aussetzen und sie korrigieren, sobald sich bessere Argumente zeigen. Wahrheit entsteht also nicht durch moralische Bekenntnisse und «richtige Haltung», sondern durch den Versuch, gemeinsam Irrtümer auszuräumen. Wer seine Meinung der Prüfung entzieht, hat sie nicht erworben, bloss blind übernommen. Poppers «kritische Methode» ist der Gegenpol zum geschlossenen Denken jeder Couleur. Sie ist Rede und Gegenrede. Sie verlangt, Argumente gerade dann anzuhören, wenn sie aus dem «falschen Lager» kommen.

Jeder kann mitmachen, diese Gesprächskultur zurückzuerobieren. Beim nächsten Mal also den Empörungsreflex bewusst zurückhalten. Den Widerspruch länger aushalten, intensiver zuhören, vermehrt nachfragen, stärker vertiefen und die Gegenposition so ergründen. Mit der Schwester, die anders wählt. Mit dem Schwager, der konträr denkt. Wer das richtige Streiten erlernen will, probiert es aus. Beim Mittagessen. Zu Hause. Heute Abend.

Quelle: <https://www.cicero.de/taxonomy/term/10495>,
15. Juni 2026